



Annette Widmann-Mauz MdB

Berlin aktuell Die Woche im Bundestag

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche
CDU sendet von Karlsruhe Signal der Stärke und Geschlossenheit
Grüne hingegen etablieren sich als die „Dagegen-Partei“

Diese Woche im Deutschen Bundestag, in der der Bundeshaushalt 2011 und die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2014 beschlossen wurden, war geprägt durch die Ergebnisse Bundesparteitage der CDU vom 14. bis 16. November in Karlsruhe und der Grünen vom vergangenen Wochenende in Freiburg. Der 23. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe hat gezeigt: Die Union ist die große Volkspartei unseres Landes, die gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Deutschland erfolgreich aus einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat. Die Union macht Politik für alle Menschen in unserem Land. Während sich die Opposition aus der politischen Verantwortung stiehlt, packt die CDU die Herausforderungen an und steht geschlossen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Insbesondere in zwei Bereichen hat der 23. Bundesparteitag wichtige Entscheidungen für die Zukunft getroffen. So sprachen sich die Delegierten mit großer Mehrheit für den Umbau der Bundeswehr aus. Die Wehrpflicht wird ausgesetzt und die Struktur unserer Streitkräfte so verändert, dass eine höhere Zahl an Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz zur Verfügung steht. Dies ist notwendig, damit Deutschland auch in Zukunft aktiv zur Sicherheit des westlichen Bündnisses beitragen kann. Als die Parteien der Bundeswehr werden sich CDU und CSU dafür einsetzen, die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr und die Attraktivität des Dienstes zu steigern. Eine Sternstunde der Partei erlebten die Delegierten des Bundesparteitages bei der mehr als dreistündigen, von großer Ernsthaftigkeit und hohem Verantwortungsbewusstsein geprägten Debatte über die Präimplantationsdiagnostik. Eine gänzlich andere Botschaft ging von der Bundesdelegiertenkonferenz (Bundesparteitag) der Grünen vom vergangenen Wochenende aus: Innerhalb der Grünen haben – wie zu Gründungs-

zeiten – die Fundamentalisten der Partei Konjunktur. Deutlich wird dies nicht nur daran, dass man nach „Stuttgart 21“ nun auch mit der Bewerbung Münchens um die olympischen Winterspiele 2018 ein weiteres Projekt von nationaler Bedeutung ablehnt. Auch die sozialpolitischen Positionen der Parteilinken haben sich in Freiburg umfassend durchgesetzt: Zur Finanzierung grüner Umverteilungsprogramme, insbesondere der Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, soll die Mitte der Gesellschaft künftig kräftig zahlen: So sehen die Beschlüsse des Parteitages die Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler, den Abbau des Ehegattensplittings und die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent vor. Dieser soll künftig auch für Kapitaleinkommen gelten, die derzeit pauschal mit 25 Prozent besteuert werden. Darüber hinaus wollen die Grünen im Zuge des von ihnen angestrebten Umbaus des Gesundheitssystems die kostenlose Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung weitgehend abschaffen und die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung von derzeit 3750 auf 5500 Euro anheben. Für ein versicherungspflichtiges Einkommen von 5500 Euro würde dies allein im Bereich der Krankenversicherung eine Zusatzlast von mehr als 1000 Euro im Jahr bedeuten. In der Generaldebatte der abschließenden Haushaltsberatungen an diesem Mittwoch prägte die Bundeskanzlerin mit Blick auf die Grünen und deren Parteitagsbeschlüsse den Begriff der „Dagegen-Partei“. Die Grünen seien fest verbandelt mit dem Wort dagegen, kritisierte sie. Die Grünen seien für den Bahnverkehr, aber gegen neue Bahnhöfe, für erneuerbare Energien, aber gegen neue Stromleitungen, für Sport, aber gegen Olympische Spiele in Deutschland. „Wenn es so weitergehe, werden die Grünen für Weihnachten sein, aber gegen den Advent“, merkte die Kanzlerin spöttisch an.

Merkel kritisierte aber auch die SPD scharf. Die Sozialdemokraten verabschiedeten sich „in einem affenartigen Tempo“ von ihren früheren Entscheidungen zu Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 und zur Rente mit 67.

Neuer Bundesvorstand der CDU

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ist auch im neuen Bundesvorstand der CDU Deutschlands wieder stark vertreten. Die 1001 Delegierten des Karlsruher Parteitags bestätigten die Bundesministerin für Bildung und Forschung und Ulmer Bundestagsabgeordnete Frau Prof. Dr. Annette Schavan als Stellvertretende Bundesvorsitzende. Ebenfalls bestätigt wurden der Bundesminister der Finanzen und Offenburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Schäuble als Präsidiumsmitglied sowie der stellvertretende Landesgruppenvorsitzende und Abgeordnete des Bundestagswahlkreises Karlsruhe-Land Axel E. Fischer als weiteres Vorstandsmitglied. Neu in den Bundesvorstand der CDU Deutschlands zog der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl ein. Die CDU Baden-Württemberg ist neben den vier genannten Bundestagsabgeordneten auch noch durch die Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg, Frau Tanja Gönner, vertreten.

Grüne gegen München 2018

Zum Parteitagsbeschluss von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Bewerbung Münchens um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 erklärte in dieser Woche der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Göppinger Bundestagsabgeordnete, Klaus Riegert: "Das undifferenzierte Votum der Grünen-Delegierten gegen die Olympiabewerbung München 2018 macht deutlich, dass es hierbei nicht um die Fakten, sondern um reinen Protest ging. Unverständlich erscheint dies insbesondere, da die Bewerbung Münchens bisherige Umweltstandards weit übertrifft und neue Maßstäbe in Sachen Nachhaltigkeit setzt. Dies haben bislang selbst grüne Sportpolitiker gewürdigt, indem sie Münchens Antrag als "grünste Bewerbung" be-

schrieben. Die Ablehnung der Grünen - ohne Abwägung der Argumente und ohne Anhörung von Sachverständigen - bringt eher eine grundsätzliche Verdrossenheit gegenüber der Moderne zum Ausdruck. Der Rückzug von Grünen-Chefin Claudia Roth aus dem Kuratorium der Bewerbung zeigt nicht zuletzt den fehlenden Willen der Partei, die Bewerbung unter ökologischen Gesichtspunkten konstruktiv zu begleiten“. Bewerber, Athleten und Wintersportzuschauer in Deutschland könnten dagegen weiterhin auf die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag bauen, so Riegert weiter.

Bundshaushalt 2011

Nach der Umsetzung des Energiekonzeptes und der Gesundheitsreform stellt die christlich-liberale Koalition mit dem in dieser Woche verabschiedeten Bundshaushalt 2011 auch im Bereich der Staatsfinanzen die Weichen dafür, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt und sich der Aufschwung zu einem lang anhaltenden Wachstum entwickeln kann, das den Wohlstand unseres Landes dauerhaft sichert. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf wird die Nettokreditaufnahme um 9,1 Milliarden auf 48,4 Milliarden Euro – das sind rund 4,3 Milliarden Euro weniger als das maximal zulässige Defizit – gesenkt. Das ist ein großer Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse. Zusätzliche Steuereinnahmen, die sich aus dem Aufschwung ergeben, entbinden die Bundesregierung aber nicht von einem strikten Sparkurs, da die Schuldenbremse zum Abbau des strukturellen Defizits verpflichtet. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben die Koalitionsfraktionen gegenüber dem Entwurf eine Reihe von Änderungen vorgenommen, mit denen wichtige Schwerpunkte christlich-liberaler Politik umgesetzt werden: So sind die Mittel für die Städtebauförderung von rund 290 auf 455 Millionen Euro angehoben. Dies kommt der regionalen Bauwirtschaft und unseren Handwerksbetrieben zugute und fördert die Beschäftigung. Darüber hinaus werden mit dem Bundshaushalt 2011 auch die Kommunen entlastet. Zu ihrer Unterstützung sind als Vorsorge 200 Millionen Euro zusätzlich bei den Kosten der Unterkunft ermöglicht worden. Ferner wurde der Ansatz beim Wohngeld um 188 Millionen Euro erhöht. Die Reform der Kommunal Finanzen stehe im Mittelpunkt der Arbeit der Koalition, betonte dazu die

Bundeskanzlerin in ihrer Haushaltsrede. Sie erläuterte außerdem, dass derzeit an Vorschlägen für Steuervereinfachung gearbeitet werde, die zum 1. Januar 2012 umgesetzt werden sollen.

Zitat

«Mit uns werden wir auch kein Entwicklungsland. Bei Ihnen bin ich mir da nicht ganz sicher.»
(Kanzlerin Angela Merkel am Mittwoch im Bundestag mit Blick auf die jüngsten Parteitagsbeschlüsse der Grünen.)

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 – 227-77217
Fax 030 – 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de